



Gemeinderat

Protokoll Nr. 8 / 2009

Datum 19. November 2009

Dauer 14.00 - 18.00 Uhr

Anwesend

Präsident Franco Lurati

Mitglieder	Andy Kollegger	Dr. Dominik Infanger
	Fritz Imholz	Dr. Chantal Marti-Müller
	Jon Pult	Josias F. Gasser
	Fred Bieler	Christian Durisch
	Dr. Carla Maissen	Lucrezia Bernetta
	Thomas Leibundgut	Rita Cavegn Hänni
	Anita Mazzetta	Beda Frei
	Cornelia Crüzer	Thomas Hensel
	Dr. Luca Tenchio	Gieri Derungs
	Tina Gartmann-Albin	

Entschuldigt Reto A. Lardelli

Stadtrat Stadtpräsident Christian Boner
Stadträtin Doris Caviezel-Hidber
Stadtrat Roland Tremp

Protokoll Stadtschreiber Markus Frauenfelder



Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 22. Oktober 2009
2. Neues Taxigesetz für die Stadt Chur Botsch. Nr. 39/2009
3. Einführung von einheitlichen, umfassenden und familienfreundlichen Blockzeiten Botsch. Nr. 40/2009
4. Auftrag Dominik Infanger und Mitunterzeichnende betreffend Einführung von einheitlichen, umfassenden und familienfreundlichen Blockzeiten; Bericht Nr. 37/2009
5. Sanierung und Neugestaltung der Begegnungszone 1. Etappe untere Bahnhofstrasse; Projektgenehmigung und Kredit Botsch. Nr. 41/2009
6. Erweiterungsbau Schulhaus Quader Botsch. Nr. 42/2009

Ordnungsantrag Tenchio:

„Die Traktanden 5 und 6 seien auf die Budgetsitzung im Dezember zu verschieben.“

Es handle sich um zwei finanziell nicht unmassgebliche Geschäfte, begründet **Tenchio** seinen Antrag. Da gemäss Medienorientierung mit sehr schlechten Zahlen für das Budget 2010 zu rechnen sei, solle der Gemeinderat diese beiden Geschäfte in Kenntnis des Voranschlags beschliessen.

Imholz behält sich einen Antrag zu den Traktanden 5 und 6 vor, sofern der Ordnungsantrag Tenchio abgelehnt wird. Die Diskussion solle heute geführt, die Schlussabstimmung jedoch auf die Budgetsitzung verschoben werden.

6 weitere Wortmeldungen.

Abstimmung:

Der Ordnungsantrag wird mit 15 zu 5 Stimmen abgelehnt.

Persönliche Erklärung Hensel:

„Ich freue mich, dass ich im Namen der an der diesjährigen Jungbürgerinnen- und Jungbürgerfeier beteiligten Gemeinderäte folgende Erklärung abgeben darf:

Nach über 30 Jahren hat im Churer Rathaus am 6. November wieder eine Jungbürgerfeier stattgefunden. Es war ein lustvoller und durchaus gelungener Anlass. Dabei sind durch die Jugendlichen viele gute, freche, visionäre und auch überbordende Gedanken zum Motto "Chur vo mora..." zusammen



getragen und als Bild festgehalten worden. Ein Blick auf dieses Bild lohnt sich auf jeden Fall. An dieser Stelle wollen wir den jungen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern für ihr Kommen und im Besonderen den beteiligten Jungparteien und ihren Vertreterinnen und Vertretern für die Organisation und ihr Engagement herzlich danken."

1. Protokoll der Sitzung vom 22. Oktober 2009

Imholz bemängelt die Protokollierung. Die wichtigsten Äusserungen sollten seines Erachtens mit Namensnennung im Protokoll enthalten sein, damit es als Nachschlagewerk diene. Der **Stadtschreiber** verweist auf die langjährige Praxis mit dem Beschlussprotokoll, die auch in Art. 65 der neuen Geschäftsordnung statuiert sei. Er schlägt vor, das Thema an der Fraktionsvorsitzendenkonferenz zu thematisieren.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig bei 1 Enthaltung genehmigt.

2. Neues Taxigesetz für die Stadt Chur

Mit Botschaft Nr. 39/2009 beantragt der Stadtrat:

1. *Das Taxigesetz für die Stadt Chur wird genehmigt.*
2. *Das Gesetz wird gemäss den Bestimmungen der Stadtverfassung dem obligatorischen oder dem fakultativen Referendum unterstellt.*
3. *Die Taxiverordnung vom 4. November 1983 (RB 430) wird aufgehoben.*
4. *Das Postulat Thomas Hensel vom 10. September 2008 betreffend Überarbeitung der städtischen Taxiverordnung wird abgeschrieben.*

- **Antrag** Kollegger auf Einsetzung einer Vorberatungskommission

Kollegger erachtet eine gesetzliche Grundlage für das Taxiwesen als notwendig. Seinen Antrag begründet er primär damit, dass die Vorlage nicht spruchreif sei. Er kritisiert insbesondere den vorgesehenen Ersatz der A- und B-Bewilligungen durch eine Einheitsbewilligung, womit der 24h-Betrieb nicht mehr gewährleistet sei.

Die Einsetzung einer Kommission ist unbestritten; 8 weitere Wortmeldungen.



Der Stadtrat sei mit der Einsetzung einer Vorberatungskommission einverstanden, führt der **Stadtpräsident** aus. Ein geordnetes Taxiwesen liege im öffentlichen Interesse, und der Stadtrat erachte daher eine Regelung auf Gesetzesstufe für erforderlich, jedoch nur insoweit, als es um die Wahrung der öffentlichen Interessen gehe. Ansonsten solle die Wirtschaftsfreiheit möglichst wenig beschnitten werden und die Taxifahrenden müssten über gleich lange Spiesse verfügen.

Abstimmung:

Der Antrag auf Einsetzung einer Vorberatungskommission wird einstimmig angenommen.

Der **Gemeinderatspräsident** verweist auf Art. 40 Geschäftsordnung, wonach eine Kommission in der Regel fünf Mitglieder zähle.

In globo werden offen und einstimmig gewählt:

- Cornelia Crüzer Ettisberger (FDP)
- Reto A. Lardelli (BDP)
- Fred Bieler (CVP)
- Tom Leibundgut (Freies Grünes Bündnis/GLP)
- Thomas Hensel (SP)

Präsidium:

Als Kommissionspräsident wird einstimmig bei 1 Enthaltung Thomas Hensel gewählt.

3. Einführung von einheitlichen, umfassenden und familienfreundlichen Blockzeiten

Mit Botschaft Nr. 40/2009 beantragt der Stadtrat:

1. *An der Stadtschule werden schulische Blockzeiten vormittags von 08.00 bis 11.45 Uhr mit den zusätzlichen Angeboten Musikalische Grundschule, Sport und Bewegung sowie Aufgabenstunde auf das Schuljahr 2010/2011 eingeführt.*
2. *Die jährlichen Kosten für die Musikalische Grundschule von Fr. 141'930.-- werden ab Schuljahr 2010/2011 bewilligt (Konto 2012.3180.000).*
3. *Die zusätzlichen 57 Stellenprozente für die zusätzlichen Lektionen Sport und Bewegung werden bewilligt (Konten: 2021.3020.000 und 2021.3030.000).*
4. *Das Postulat Dominik Infanger und Mitunterzeichnende betreffend Einführung von einheitlichen, umfassenden und familienfreundlichen Blockzeiten, vom Gemeinderat im Sinne der*



Erwägungen am 10. September 2008 überwiesen, wird abgeschrieben.

Das Geschäft stösst auf breite Zustimmung.

Infanger erkundigt sich nach der Dispensationsmöglichkeit für das Fach Ethik/Religion. Hier sei die Hürde hoch anzusetzen und es dürfe nicht sein, dass dispensierte Kinder zu Lasten der Allgemeinheit betreut werden müssten. Auch sei ihm ein Anliegen, dass die Kinder nicht nach Hause geschickt würden, wenn die Schule ausfalle. Bezüglich Aufgabenhilfe schiesse die Vorlage seines Erachtens etwas über das Ziel hinaus, und es frage sich, ob dafür nicht Studierende der Pädagogischen Hochschule eingesetzt werden könnten. Er frage sich zudem, was passieren würde, wenn die Singschule ihr Angebot nicht mehr aufrechterhalten wolle.

Stadträtin Caviezel-Hidber bezeichnet die Vorlage als win-win-Situation sowohl für die Eltern als auch für die Schülerinnen und Schüler. Durch eine Optimierung beim Halbklassenunterricht und bei den Turnstunden könne über eine praktisch kostenneutrale Vorlage befunden werden; hinzu komme, dass der Bund den Turnunterricht mitfinanziere. Was die Singschule anbelange, so bestehe diesbezüglich ein grosser Spielraum, d.h. entsprechende Stellen könnten ausgeschrieben oder Lehrpersonen ausgebildet werden. Der Kanton schreibe vor, dass zwei Stunden Religionsunterricht angeboten würden; dieser finde in den Schulräumlichkeiten statt. Es sei bereits heute so, dass dispensierte Kinder in der Schule betreut würden; es gebe Schulhäuser, wo bis zu 50 % der Kinder dispensiert seien. Für diese müssten die Kindertagesstätten geöffnet werden. Man verschliesse sich bezüglich Hausaufgabenhilfe nicht einer Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule, doch dürfe diese nicht unterschätzt werden, da Kindern aus unterschiedlichen Klassen geholfen werden müsse.

Schlussabstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig zum Beschluss erhoben.

4. Auftrag Dominik Infanger und Mitunterzeichnende betreffend Einführung von einheitlichen, umfassenden und familienfreundlichen Blockzeiten; Bericht

Mit Bericht vom 28. September 2009 (Geschäft Nr. 37/2009) beantragt der Stadtrat, der Auftrag sei infolge Gegenstandslosigkeit abzuschreiben.

Infanger spricht sich für die Zustimmung zum stadträtlichen Antrag aus.

**Abstimmung:**

Der Auftrag wird infolge Gegenstandslosigkeit einstimmig abgeschrieben.

5. Sanierung und Neugestaltung der Begegnungszone 1. Etappe untere Bahnhofstrasse; Projektgenehmigung und Kredit

Mit Botschaft Nr. 41/2009 beantragt der Stadtrat:

1. *Vom Gestaltungskonzept City wird Kenntnis genommen.*
2. *Das Projekt Sanierung und Neugestaltung, 1. Etappe (untere Bahnhofstrasse) mit Asphalt wird genehmigt und der Kredit von Fr. 1'800'000.-- bewilligt (Konto 72.5010.256 „Bahnhofstrasse, Bahnhof - Alexanderplatz“ inkl. MwSt., +/- 10 %, Kostenstand September 2009).*
3. *Das Projekt wird gemäss den Bestimmungen der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.*

Für die Behandlung dieses Traktandums nimmt Roland **Arpagaus**, Projektleiter beim Tiefbau- und Vermessungsamt, Einsitz.

- **Antrag Imholz**

„Es sei eine zweite Lesung i.S.v. Art. 26 Abs. 2 Geschäftsordnung durchzuführen.“

Imholz führt aus, sie hätten sich anlässlich der Vororientierung begeistern lassen, es handle sich um ein überzeugendes Projekt, das die logische Fortsetzung des Bahnhof-Neubaus darstelle. Sorgen bereite ihm hingegen die Neuverschuldung, und einem Voranschlag mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 25 % werde er nicht zustimmen. Es gelte, diesen Entscheid in Kenntnis aller Unterlagen zu fällen.

In der Diskussion wird das Projekt gelobt, insbesondere auch die erfolgte Kooperation mit Handel und Gewerbe. Im Sinne der Standortattraktivität müsse auf Qualität gesetzt werden, und die teurere Variante mit Steinplatten wird mehrheitlich unterstützt. Auch aus der Sicht der Behindertengängigkeit wird diese Variante als vorteilhafter beurteilt. **Infanger** teilt mit, dass er an der nächsten Sitzung einen Antrag stellen werde, Andeerer Granit zu verwenden und die Mehrkosten über das GESAK-Konto zu kompensieren. Allerdings werden auch Bedenken geäußert, etwa, dass das Stadtbild unter Einbezug der oberen Bahnhofstrasse inhomogen werden könnte. Betont wird die hohe Qualität, welche das Stadtbild insgesamt



qualitativ aufwerten werde. Im Hinblick auf die schlechten finanziellen Perspektiven wird auch die Frage nach einer Etappierung des Projekts gestellt.

Stadtrat Tremp führt aus, das Tiefbau- und Vermessungsamt sei zurzeit daran, eine Gesamtschau unter Einbezug des Postplatzes inkl. Grabenstrasse zu machen. In den letzten Jahren seien Millionen in das Eingangstor zu Graubünden, den Bahnhof, investiert worden. Die Aufwertung der Bahnhofstrasse als Bindeglied zwischen Bahnhof und Altstadt sei deshalb von grosser Bedeutung. Er gehe davon aus, dass die Umgestaltung in drei Etappen erfolge: Im Jahr 2010 die Bahnhofstrasse bis zum Alexanderplatz, im Jahr 2011 der Alexanderplatz und im 2012 die obere Bahnhofstrasse. Eine Etappierung sei möglich, doch verursache diese Mehrkosten und belaste zudem die Geschäftsinhaber zusätzlich, weshalb man die Eingriffe so kurz wie möglich halten wolle. Die Steinplatten seien längerfristig wirtschaftlicher, eine entsprechende Berechnung finde sich in den Akten.

Roland **Arpagaus** orientiert über die um den Bahnhof verteilten neuen Veloabstellplätze. Es habe sich gezeigt, dass durch eine Attraktivitätssteigerung mehr Velofahrende angezogen würden. Im Bereich der unteren Bahnhofstrasse habe man in letzter Zeit mehrere Rohrbrüche zu verzeichnen gehabt, die jedes Mal erhebliche Kosten verursacht hätten.

Stadtrat Tremp ergänzt zum vorgebrachten Argument des inhomogenen Erscheinungsbilds, dass der Fahrbahnbereich für den Bus entweder asphaltiert oder mit einer Betonplatte versehen sei; beide Varianten könnten aber farblich zu den Gehsteigen angepasst werden, welche ebenfalls in Stein ausgeführt würden.

Abstimmung:

Der Antrag auf eine zweite Lesung i.S.v. Art. 26 Abs. 2 Geschäftsordnung wird mit 18 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

6. Erweiterungsbau Schulhaus Quader

Mit Botschaft Nr. 42/2009 beantragt der Stadtrat:

Das Projekt Erweiterungsbau Schulhaus Quader wird genehmigt und gestützt auf Art. 4 Ziff. 3 Stadtverfassung wie folgt zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet: Bruttokredit von Fr. 5'966'000.-- (inkl. MwSt, Kostenstand Oktober 2009, Genauigkeit +/- 10 %, Konto 40.5030.064 „Erweiterungsbau Schulhaus Quader“).



Für die Beratung dieses Geschäfts nehmen Stadtarchitekt Peter **Göldi** sowie der Abteilungsleiter Hochbau, Marco **Cavelti**, Einsitz.

- **Antrag Imholz**

„Es sei eine zweite Lesung i.S.v. Art. 26 Abs. 2 Geschäftsordnung durchzuführen.“

- **Antrag Gasser**

„Der Stadtrat wird beauftragt, bis zur Budgetdebatte im Dezember 2009 einen Zusatzbericht vorzulegen über Optimierungsmöglichkeiten beim Erweiterungsbau im Hinblick auf die Realisierung des Passivhausstandards (Minergie P) zum beantragten Bruttokreditbetrag von Fr. 5.966 Mio. (Genauigkeit +/- 10 %, Kto. 40.5030.064, „Erweiterungsbau Schulhaus Quader“).“

Gasser begründet seinen Antrag damit, dass mit dem vorliegenden Projekt die Chance für zukunftsfähiges Bauen verpasst werde. Der Minergie-Standard sei nämlich nicht kompatibel mit der 2000 Watt-Gesellschaft.

Frei stellt fest, dass das Projekt um 8.8 % teurer ist als im Voranschlag. Er kritisiert zudem die Wirtschaftlichkeitsberechnung und ist der Ansicht, dass der um 1/3 tiefere Ölverbrauch nicht berücksichtigt worden sei. Rechne man richtig, so würden sich die Zusatzinvestitionen lohnen. Es sei zudem falsch, Wirtschaftlichkeit und Ökologie getrennt zu betrachten. Auch sei die Ausschreibung derart gewesen, dass gar keine ökologisch guten Resultate zum Zug kommen konnten. Er kündigt für die Dezember-Sitzung folgenden Antrag an:

„Der Erweiterungsbau Schulhaus Quader wird im Minergie-P-Standard ausgeführt. Dazu wird der Bruttokredit von Fr. 5.966 Mio. um Fr. 230'000 auf Fr. 6.196 Mio. erhöht. Der Antrag wird zurückgezogen, wenn die Erweiterung im Passivhaus-Standard beschlossen wird.“

Stadtrat Tremp führt aus, eine Jury aus Fachleuten habe den Wettbewerb begleitet. Der Kostenvergleich mit Projekten bei anderen städtischen Schulhäusern werde in den Akten der nächsten Sitzung aufgelegt. Bezüglich Urheberrechten seien die allgemeinen Bedingungen verschärft worden und entsprächen denjenigen, z.B. der Stadt Zürich bzw. des kantonalen Hochbauamts. Das Quaderschulhaus sei heute auf Räumlichkeiten im Schulhaus Stadtbaumgarten angewiesen, was nicht ideal sei. Ob als Folge des Projekts Sinergia Büroräumlichkeiten des Kantons benutzt werden könnten, sei fraglich, jedenfalls stünden diese frühestens ab dem Jahr 2015 zur Verfügung; die Schule brauche sie aber jetzt. Den Ball von Gemeinderat Gasser nehme er gerne auf und er werde aufzeigen, was bezüglich Energie-



effizienz im bestehenden Kostenrahmen möglich sei. Die Differenz von Voranschlag und Projekt liege darin, dass der Voranschlag auf einer Kostenschätzung mit einer Genauigkeit von +/- 25 % basiere; die vorliegenden Kosten jedoch auf der durchgeführten Submission.

Cavelti macht Ausführungen zur Energieversorgung des Erweiterungsbaus und zur Wirtschaftlichkeitsberechnung.

Hensel erkundigt sich, ob der Stadtrat bereit sei, künftig bei Projektwettbewerben den Minergie-P-Standard vorzuschreiben oder ob dazu ein Vorstoss nötig sei.

Stadtrat Tresp erwidert, er könne nicht zu Protokoll geben, dass der Passivhaus-Standard Eingang in jedes Wettbewerbsprogramm finde, weil dies nicht in jedem Fall sinnvoll sei. Der Stadtrat werde sich künftig jedoch bei Wettbewerbsausschreibungen an den Vorgaben der „Energistadt“ orientieren.

Stadtarchitekt Göldi teilt mit, man werde sich künftig bei Ausschreibungen entsprechend verhalten. Der Passivhausstandard als Vorgabe müsse von Fall zu Fall geprüft werden. Dies werde auch Thema des Energiekonzepts 2020 sein, welches zurzeit erarbeitet werde. Dem vorliegenden Projekt fehle wenig zur Erreichung des Passivhausstandards, doch habe man bewusst auf rechnerische Kniffs verzichtet, die letztlich ohne Nutzen seien.

Abstimmung:

Der Antrag Gasser wird mit 15 zu 4 bei 1 Enthaltung angenommen.

Infanger gibt zu **Protokoll**, dass man sich bei künftigen Bauvorlagen nicht darauf behaften lassen wolle, dass alles im Minergie-P-Standard zu realisieren sei; für die nahe Zukunft reiche seines Erachtens die Ausschreibung einer Variante Minergie-P.

Abstimmung:

Der Antrag auf eine zweite Lesung i.S.v. Art. 26 Abs. 2 Geschäftsordnung wird mit 18 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.



Eingang parlamentarischer Vorstösse

Der **Gemeinderatspräsident** gibt den Eingang der folgenden parlamentarischen Vorstösse bekannt:

- Auftrag Tom Leibundgut und Mitunterzeichnende betr. Einführung von im städtischen Polizeikorps integrierten Quartierpolizisten
- Auftrag FDP-Fraktion zwecks Leistungsoptimierung
- Interpellation Jon Pult: Auswirkungen der Bündner NFA für die Sozialen Dienste der Stadt Chur
- Interpellation Jon Pult und Mitunterzeichnende: Armut in Chur?

Chur, 27. November 2009

Der Stadtschreiber:

Markus Frauenfelder

Tom Leibundgut, Gemeinderat
Freies Grünes Bündnis/Grünliberale

M. Frauenfelder, Stadtschreiber

Auftrag betr. Einführung von im städtischen Polizeikorps integrierten Quartierpolizisten

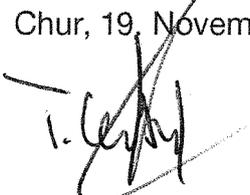
In den letzten Jahren gab das objektive und subjektive Sicherheitsempfinden in der Stadt Chur immer wieder zu Diskussionen Anlass. Das neue Polizeigesetz wurde eingeführt und der Korpsbestand wurde und wird aufgestockt. Wie die Diskussionen anlässlich der verschärften Videoüberwachung zeigen, besteht für ein Teil der Bevölkerung weiterhin Handlungsbedarf.

Die Erfahrungen aus Städten wie Winterthur oder St. Gallen zeigen, dass die Benennung von Quartierpolizisten die objektive wie subjektive Wahrnehmung der Sicherheit massgeblich positiv beeinflussen.

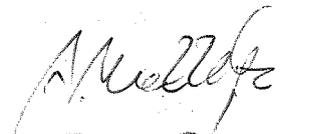
Quartierpolizisten sind die Augen und Ohren der Polizei im Quartier. Sie sollen relevante Faktoren und Hinweise liefern, aufgrund derer gezielte Massnahmen zur Erhöhung der objektiven Sicherheit getroffen werden können. Durch den direkten Kontakt mit Quartierbewohnern können Vorurteile gegenüber der Polizei abgebaut werden und das Verhältnis zwischen BürgerInnen und Stadtpolizei wird aufgewertet. Durch das benennen von Quartierpolizisten würde die Aufstockung des Polizeikorps nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ wahrgenommen.

Deshalb ersuchen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner den Stadtrat, dem Gemeinderat über die Einführung von im städtischen Polizeikorps integrierten Quartierpolizisten Bericht zu erstatten und dann die Stadtpolizei mit der Umsetzung im Rahmen des jetzigen Korpsbestandes zu beauftragen, dies kann auch in Form eines Pilotprojektes geschehen.

Chur, 19. November 2009


Tom Leibundgut


C. Mauser



R. C. ...
T. G. ...




F. B.

Auftrag der FDP-Fraktion zwecks Leistungsoptimierung

Den vom Stadtrat publizierten Budgetzahlen für das Jahr 2010 kann entnommen werden, dass für die Zukunft grosser Handlungsbedarf betreffend Finanzen besteht. Die Nettoverschuldung wird Ende 2010 auf 102.3 Mio. Franken ansteigen (Ende Dezember 2008: 74.7 Mio. Franken). Demgegenüber stehen grosse, nicht finanzierte und deshalb teilweise zurückgestellte Investitionen an (Schulhaussanierungen, GESAK etc.), welche die Nettoverschuldung weiter verschärfen, sollten sie beschlossen werden. Nachdem in den vergangenen finanziell fetten Jahren eine Steuersenkung trotz guter Finanzlage kein Thema war, lehnt die FDP-Fraktion eine Steuererhöhung kategorisch ab.

In erster Linie ist daher die Ausgabenseite zu überprüfen. Der einzige Weg, der wohl wirklich und effizient zu einer nachhaltigen Ausgabenbremse führt, ist die Überprüfung aller städtischen Aufgaben und Leistungen. Sicher kann aber auch in den einzelnen Budgetpositionen Sparpotenzial freigesetzt werden. Es kann aber nicht Aufgabe eines Milizparlaments sein, für den gesamten Verwaltungsbereich konkrete Vorschläge für diese Leistungsoptimierung einzubringen. Es ist daher angezeigt, eine Überprüfung vorzunehmen, zumal die Sparvorschläge des Stadtrates auf das Postulat Suter aus dem Jahre 2003 nicht überzeugten.

In einem ersten Schritt geht es primär um eine Leistungsüberprüfung zwecks Leistungsoptimierung durch den Stadtrat. Damit soll eine Verwesentlichung der städtischen Aufgaben erreicht werden (u.a. auch Streichung von unnötigen Normen, von städtischen Engagements, die nicht zum staatlichen Handeln zählen etc.). In einem zweiten Schritt wird die Leistungsüberprüfung durch den Gemeinderat gewürdigt; daraus ergeben sich dann auch konkrete Forderungen, welche umgesetzt werden sollen. Ziele der Übung sind eine Verbesserung der Leistung, weniger Administration und damit letztlich Einsparungen. Letztere sollen nicht zu Lasten des Personals oder der Investitionen gehen. Bei Personalfluktuationen muss aber geprüft werden, ob die jeweilige Stelle neu besetzt werden soll. Zudem ist die Politik in Zusammenhang mit Teilzeitstellen zu thematisieren.

Der Stadtrat wird daher beauftragt, alle städtischen Aufgaben und Leistungen auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen, Bericht zu erstatten und Antrag zur Leistungsoptimierung zu stellen.

Chur, am 19. November 2009



The image shows several handwritten signatures in black ink. One signature is clearly legible as 'FDP'. Another signature appears to be 'M. Frauenfelder'. There are several other stylized signatures, some of which are partially obscured or overlapping.

Interpellation:

Auswirkungen der Bündner NFA für die Sozialen Dienste der Stadt Chur

1. Wie viele Stellen müssten bei einer Umsetzung der Bündner NFA bei den Sozialen Diensten der Stadt Chur neu geschaffen werden?
2. Wie hoch wären die neuen finanziellen Lasten (Einnahmeausfälle, Mehrkosten), welche die Sozialen Dienste der Stadt Chur im Falle einer Umsetzung der Bündner NFA zu tragen hätten?

Chur, 19. November 2009



Jon Pult, Gemeinderat SP

Interpellation: Armut in Chur?

2005 hat das Hilfswerk Caritas die Öffentlichkeit aufgeschreckt, indem es die Schätzung publiziert hat, wonach in der Schweiz 1 Million Menschen in Armut leben. Seit her weiss die schweizerische Öffentlichkeit, dass Armut in der Schweiz ein reales Problem unserer Zeit ist, dass es aber kaum umfassende statistische Daten und Analysen zur Armut in unserem Land gibt.

Auch über die Armut im Kanton Graubünden gibt es keine gebündelten Zahlen, Fakten und Analysen. Einen umfassenden Sozialbericht, wie ihn beispielsweise der Kanton Bern 2008 publiziert hat, gibt es in unserem Kanton nicht.

Fachleute sind sich im Allgemeinen darüber einig, dass die sogenannten „Working Poor“, also Personen oder Haushalte die trotz Erwerbstätigkeit kein Einkommen über der Armutsgrenze erreichen, ein immer häufiger auftretendes soziales Phänomen darstellen. Dies ist wohl auch in Graubünden und in Chur so.

Gerade während und unmittelbar nach einer Wirtschaftskrise verschärft sich die soziale Lage, insbesondere für Menschen, die schon während der Hochkonjunktur armutsgefährdet waren. Insofern ist es wichtig, dass sich ein Gemeinwesen wie die Stadt Chur mit dem Problem der Armut – auch öffentlich – beschäftigt. In diesem Sinne bitten die Unterzeichnenden den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat nach quantitativen und qualitativen Kriterien die Entwicklung der letzten Jahre bezüglich der Armut im Allgemeinen und des Phänomens der „Working Poor“ im Speziellen in der Stadt Chur?
2. Wie hoch ist der Anteil der Sozialhilfebeziehenden die einer Erwerbsarbeit nachgehen (Teilzeit oder Vollzeit) an der Gesamtzahl aller Sozialhilfebeziehen im erwerbsfähigen Alter und wie viele sind es absolut?
3. Welche Personengruppen nach Alter, Geschlecht, Herkunft und Ausbildungsgrad sind in Chur besonders armutsbetroffen und/oder armutsgefährdet?
4. In welchen Branchen sind die Churer „Working Poor“ tendenziell beschäftigt?
5. Wie hoch ist der Anteil der Stadt Chur an den gesamtkantonalen Sozialhilfekosten?
6. Teilt der Stadtrat die Ansicht, dass Armut enttabuisiert werden muss und wenn ja, was gedenkt er in dieser Hinsicht zu tun?

Chur, 19. November 2009

Jon Pult, Gemeinderat SP



T. G. K.

R. Casp. im B

